

Aachener Nachrichten vom
11.04.2015, S. 10

Platz für Flüchtlinge

CDU verlangt mehr Aufnahmekapazitäten in NRW

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. Im Vorfeld des zweiten Flüchtlingsgipfels in Nordrhein-Westfalen hat die CDU-Landtagsopposition eine Verdoppelung der Betreuungskapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes verlangt. Die dort vorhandenen 7925 Plätze seien bei weitem nicht ausreichend, um die weiter zunehmenden Asylbewerber bei ihrer Aufnahme menschenwürdig unterbringen zu können, erklärte gestern der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper. Notwendig sei die Schaffung von 15000 Regelplätzen und weiteren 2500 Plätzen in Notunterkünften für „eine krisenhafte Entwicklung der Flüchtlingszahlen“. In diesem Jahr sei in NRW mit 60000 neuen Asylbewerbern zu rechnen.

In den derzeit 19 Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes komme es immer wieder zu erheblichen Engpässen, beklagte Kuper. Auch die Verweildauer in den Aufnahmeeinrichtungen sei mit etwa 14 Tagen zu kurz. Anzustreben sei ein Aufenthalt von bis zu drei Monaten in den Landeseinrichtungen, um die Asylverfahren in diesem Zeitraum vollständig abwickeln zu können. Neben einem Kapazitätsausbau seien Verfahrensbeschleunigungen durch das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF) notwendig. Die Bearbeitung eines Asylbewerber-Antrags dauere im Schnitt immer noch fünfeinhalb Monate.

Der CDU-Fraktionsvize hob hervor, dass es zwischen der Politik, den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsorganisationen in NRW einen „guten Dialog“

über ein neues Konzept für die Flüchtlingsaufnahme gebe. Allerdings sei die Realisierung durch die rot-grüne Landesregierung unzureichend. Finanzforderungen an den Bund reichten nicht aus, sagte Kuper.

Die Beschlüsse des ersten NRW-Flüchtlingsgipfels, der vor einem halben Jahr in Essen stattgefunden hatte, seien „bei weitem noch nicht umgesetzt worden“, kriti-

„Wir müssen auch diese Landesregierung in die Pflicht nehmen, wenn Willkommenskultur in Nordrhein-Westfalen keine Worthülse bleiben soll.“

**ANDRÉ KUPER
CDU-LANDTAGSFRAKTIONSVIZE**

sierte Kuper. Für das Beschwerdemanagement in den Aufnahmeeinrichtungen gebe es zwar ein Konzept, aber noch keine Praxis. Der Umbau der sogenannten Task Force für Flüchtlinge zu einem „mobilen Qualitätskontrollteam“ bleibe eine Absichtserklärung. Die für die Steuerung der Asylbewerber-Aufnahme landesweit zuständige Bezirksregierung Arnsberg sei immer noch personell unterbesetzt. Bei den bereitgestellten 310 Lehrkräften mangle es an Koordination durch das Land. Die zugesagten Hilfen für Flüchtlingskinder in Höhe von sechs Millionen Euro seien noch nicht abgeflossen.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat Vertreter der Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände sowie Flüchtlings- und Hilfsorganisationen am Mittwoch in der Staatskanzlei zu einem zweiten Flüchtlingsgipfel eingeladen.